



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 47 der öffentlichen Sitzung am 10. Februar 2022

Antrags-Nr. 22-F-69-0001

Weiteres Vorgehen an Wiesbadener Kitas im Rahmen der Corona-Pandemie - Antrag der Fraktionen CDU, FDP und ULW/BLW/BIG vom 19.01.2022 -

Innerhalb der letzten Monate konnten Eltern von Kita-Kindern teilweise sehr unterschiedliche Signale empfangen.

So erfuhr einerseits ein Antrag auf Initiative der CDU für eine flächendeckende Teststrategie an Kitas durch Rednerinnen und Redner der Mehrheitsfraktionen in der Stadtverordnetenversammlung sowie den Sozialdezernenten eine Ablehnung und der Antrag wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung, Gesundheit als „durch Aussprache erledigt“ beendet.

Andererseits kommuniziert der zuständige Dezernent über soziale Medien und die Presse gerne über die Verfügbarkeit und Ausbau von Testmöglichkeiten durch Kitas in städtischer Trägerschaft sowie in der Kindertagespflege.

Und mittlerweile wird in Kindertagesstätten in Wiesbaden teilweise kommuniziert, dass diese vermehrt zur Tagungsordnung, d.h. zum "Normalzustand" übergehen sollten.

Diese unterschiedlichen Signale verunsichern Eltern und Kita-Personal zunehmend, sodass offensichtlich Klarstellungsbedarf herrscht - noch vielmehr in Anbetracht der Entwicklung des Infektionsgeschehens durch die Omikron-Variante sowie Spekulationen über weitere Mutationen des Coronavirus.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

I Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. das weitere Vorgehen in Bezug auf Testungen darzulegen
 - a) für städtische Kitas und Krippen
 - b) für Kitas und Krippen anderer Träger
2. zu berichten, inwiefern ein Übergang in den „Normalbetrieb“ in Kitas und Krippen aktuell geplant wird, insbesondere
 - a) welche Planungen es gibt
 - b) unter welchen Umständen diese zum Tragen kommen sollen und wie sie durch das aktuelle Infektionsgeschehen beeinflusst wurden / werden
 - c) wie diese Planungen bislang kommuniziert wurden und in Zukunft kommuniziert werden sollen

II Der Ausschuss stellt fest,

1. dass es im Interesse von Eltern und Kindern sehr wichtig ist, dass es nicht erneut zur Schließung von Einrichtungen kommen darf. Auch einzelne Kinder sollten nicht unnötig vom Kita-Betrieb ausgeschlossen werden.

2. dass aber eine Rückkehr in einen Normalbetrieb wie vor der Pandemie in Anbetracht der aktuellen Lage ohne flächendeckendes Testkonzept nur schwer vorstellbar erscheint und eine sehr sorgfältige Prüfung erfordern wird.
-

Beschluss Nr. 0048

Der Antrag der Fraktionen CDU, FDP und ULW/BLW/BIG vom 19.01.2022 wird abgelehnt.

(antragsgemäß Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen 02.02.2022 BP 0050)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 10.02.2022
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 10.02.2022
im Auftrag

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Bock